

**II-68** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 38 75

1983 -06- 16

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.Ermacora, Kraft  
und Genossen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend das Projekt "Soldat auf Zeit"

Gegen Ende der XV.Legislaturperiode wurde ein Ministerial-entwurf über ein Bundesgesetz betreffend den "Soldaten auf Zeit" zur Begutachtung versandt. Der Bundesminister für Finanzen erklärte zu diesem Gesetzesvorhaben, es handle sich beim "Soldaten auf Zeit" um ein "Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm". Die Ankündigung desselben hat eine Flut von Hoffnungen, diesen neuen Soldatentypus einzuführen, und Reaktionen in der Öffentlichkeit ausgelöst. Auf der einen Seite wurde der "Soldat auf Zeit" als Mittel der Arbeitsplatzsicherung abgelehnt, auf der anderen Seite wurden Voranmeldungen für diese neue Anstellungstypen im öffentlichen Dienst entgegengenommen.

Von seiten der Personalvertretung wurde der Gesetzesentwurf betreffend den "Soldaten auf Zeit" deutlich abgelehnt. Dabei wurde vor allem darauf verwiesen, daß ohne ein flankierendes Soldatenanstellungsgesetz und ohne eine sachgerechte, effiziente Vertretungsmöglichkeit des "Soldaten auf Zeit" im Dienstbetrieb seine Rechtsstellung gegenüber anderen öffentlich Bediensteten erheblich gemindert wäre.

Bemerkenswert erscheint schließlich der Umstand, daß des in der Öffentlichkeit groß angekündigten "Soldaten auf Zeit" in der Regierungserklärung vom 31.5.1983 nicht gedacht wird.

- 2 -

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e:

- 1) Werden Sie aufgrund der ablehnenden Stellungnahme der Personalvertretung bzw. der Gewerkschaft öffentlicher Dienst zum Ministerialentwurf betreffend ein Bundesgesetz über den "Soldaten auf Zeit" mit den Personalvertretern bzw. den Gewerkschaftsfunktionären Verhandlungen führen und das Einvernehmen mit ihnen herstellen?
- 2) Werden Sie im Zuge der weiteren Ausarbeitung des Gesetzesvorhabens den Einwänden der Personalvertretung, daß die Interessenvertretung des "Soldaten auf Zeit" durch Soldatenvertreter nicht ausreichend ist, Rechnung tragen?
- 3) Werden Sie im Zuge der weiteren Ausarbeitung des Gesetzesvorhabens dafür Sorge tragen, daß eine effiziente Möglichkeit geschaffen wird, den "Soldaten auf Zeit" nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst in andere Zweige des öffentlichen Dienstes überzuführen oder ihm anderweitig einen gesicherten Arbeitsplatz zu verschaffen?
- 4) Wann wird es voraussichtlich zur Einbringung einer Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz über den "Soldaten auf Zeit" kommen?